

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
"Tagblatthaus".

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatt Nr. 6650-53.

von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags  
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Abnehmerlohn, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Postgebühren. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstellen, Blomaring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 40 Pf. für deutsche Anzeigen; 60 Pf. für auswärtige Anzeigen; M. 2.— für deutsche Reklamen; M. 2.25 für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme unvorbereiteter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Aufnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lügow 6202 und 6203.

Montag, 28. Juli 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 332. • 67. Jahrgang.

## Die Ausführung des Friedensvertrages.

### 85 Milliarden als erste Teilforderung.

nz. Rotterdam, 28. Juli. Nach einer Neuter-Meldung aus Paris hätten die Alliierten die erste finanzielle Teilanforderung an Deutschland für den Jahresabschnitt 1919/20 auf 85 Milliarden festgesetzt.

## Die Besatzungsarmee für das Rheinland.

nz. Paris, 27. Juli. (Neuter.) Wie verlautet, sprach Marschall Foch in der Sitzung des Obersten Rates die Ansicht aus, daß 150 000 Mann für das linke Rheinufer notwendig wären.

nz. Versailles, 27. Juli. Nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ soll der Oberste Rat der Alliierten gestern beschloffen haben, in dem besetzten Rheingebiete eine Armee von 150 000 Mann zu unterhalten. Hierzu stellen die Amerikaner und Engländer je 30 000 Mann, die Belgier 15 000 Mann und die Franzosen 75 000 Mann. Das Abkommen werde bis zu dem Monat Oktober oder November Gültigkeit haben.

## Zur Rückkehr der Kriegsgefangenen.

nz. Berlin, 26. Juli. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind noch immer irgendwelche Verhandlungen mit der Entente über den Rücktransport unserer Gefangenen nicht möglich gewesen. Unsere Anfrage vom 28. Juni ist ohne Antwort geblieben. Am 21. Juli haben wir erneut darauf gedrängt, den Zusammentritt der vorherigen Kommissionen zur Beratung der Rückbeförderung, welche von der Ratifizierung des Friedens nicht abhängig war, zu beschleunigen. Diese Kommissionen sollten vor allem dafür sorgen, daß allen Gefangenen bis zur endgültigen Rückführung die Erleichterungen zu teil werden, welche wir den fremden Gefangenen gewährt haben, nämlich die Behandlung als freie Arbeiter, Aufhebung der Zensur und dergleichen. Alle Vorbereitungen zur tatsächlichen Heimführung der Gefangenen sind getroffen. Eine Sonderaktion ist im Gange für die Gefangenen in Sibirien, die in diesem Jahre auf keinen Fall mehr zurückkehren können, da der Landweg durch die Volkshemden versperrt ist und der Wasserweg bald nicht mehr eisfrei sein wird. Es handelt sich hierbei um 2 000 Kriegsgefangene und 28 bis 30 000 Zivilgefangene. Gegenüber einer Blättermeldung ist zu sagen, daß wir in Italien nur 359 Kriegsgefangene haben.

## Der Friedensvertrag für Österreich.

nz. Wien, 27. Juli. Die Nationalversammlung beschloß einstimmig für den scheidenden Staatssekretär Bauer eine schriftliche Anerkennung für seine unermüdete und hingebungsvolle Tätigkeit auszusprechen. Wizekanzler Fink erörterte dann die finanziellen Bedingungen des Friedensentwurfes sowohl hinsichtlich der Liquidierung der Hinterlassenschaft der alten Monarchie als die Wiederentwässerung der Kriegsschulden. Die Wirkungen dieser Bestimmungen wären beinahe dieselben, wie wenn man sage, daß die ganze Kriegsschuld von Deutsch-Österreich zu bezahlen sei. Das kleine Deutsch-Österreich ist zur Wiedergutmachung schlechthin unfähig. Wir sind nicht einmal imstande, unser tägliches Brot zu bezahlen. In allen großen Fragen territorialer Natur sind unsere Bemühungen erfolglos geblieben. Als teilweisen Ersatz für den Raub an deutschem Boden, an dem deutschen Volkskörper bietet die Entente Teile Westungarns an. Sie verfährt mit dem deutschen Gebiet, als wenn es sich nicht um lebendige Menschen handle, sondern um Schafherden. Wir halten an dem demokratischen Prinzip der Selbstbestimmung fest. Dieses Recht fordern wir auch für alle deutschen Länder, für Deutsch-Südtirol wie für Deutsch-Steiermark, für Deutsch-Böhmen wie für das Sudetenland. Dieses Recht erkennen wir auch bezüglich auf Westungarn an. Die kleinen territorialen Zugeständnisse und die Zuweisung von Teilen von Westungarn reichen nicht aus. Deutsch-Österreich zu einem lebensfähigen Staat zu machen. Durch die Loslösung von Südtirol, Untersteiermark, Gebiet von Kärnten und Sudeten schaffe man einen Staat mit ganz unhaltbaren Konfigurationen, zerstückt man den natürlichen, wirtschaftlichen Zusammenhang und macht die Lebensmittelpflege unserer Großstädte zu einem unlösbaren Problem. Auf diese Weise kann kein Staatswesen geschaffen werden, das selbständig existieren könnte. Unsere Friedensdelegation wird in ihren Antworten im einzelnen nachweisen, daß alle diese Bestimmungen ökonomisch unmöglich, sozial gefährlich und nicht einmal technisch durchführbar sind. Wir hoffen, daß es unserer Friedensdelegation gelingen wird, bei den Gebern Aufklärung zu schaffen über das, was bei uns möglich

ist und über das, was bei uns eine Folge dieses Friedens wäre.

nz. Versailles, 27. Juli. Staatskanzler Renner ist heute vormittag in St. Germain eingetroffen.

nz. St. Germain, 28. Juli. Staatskanzler Renner hat um eine Verlängerung der für die Ermöglichung des Friedensvertrages festgesetzten Frist gebeten.

## Räte-Ungarn und die Entente.

nz. Paris, 27. Juli. (Havas.) In Besprechung der Räte der Alliierten an Bela Kun stellen die Blätter einstimmig fest, daß sie ein endgültiger Bruch bedeute und daß jede irgendwelche Verhandlung ausgeschlossen sei. Die Räte bedeute eine Abgabe an die Politik, wie sie bis heute gegen Rußland und Ungarn getrieben wurde. Der „Homme libre“ sagt, den Alliierten bleibe keine andere Wahl, als Mitteleuropa den Frieden zu geben. Der „Gaulois“ ist derselben Meinung und fügt hinzu, eine energische und rasche Tat allein könne die ungarischen Volkshemden niederknien.

nz. Versailles, 27. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten richtete gestern folgenden Rufspruch an das ungarische Volk: Die alliierten und assoziierten Regierungen haben den dringenden Wunsch, mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen und dadurch dem Zustand ein Ende zu bereiten, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas unmöglich macht und ein Hindernis ist für jeden Versuch, die Bevölkerung zu ernähren. Es ist aber unmöglich, dieses Werk zu beginnen, bevor Ungarn eine Regierung hat, die das Volk vertritt und die zwischen ihm und den assoziierten Regierungen getroffenen Verpflichtungen dem Wortlaut und Geiste nach erfüllt. Das Regime Bela Kuns entspricht in keiner Weise diesen Bedingungen. Es hat nicht nur den von Ungarn unterzeichneten Waffenstillstand gebrochen, sondern es greift in diesem Augenblick auch eine befreundete alliierte Macht an. Es ist Aufgabe der assoziierten Regierungen, unter ihrer eigenen Verantwortung Maßnahmen zu treffen, die diese besondere Frage notwendig macht. Wenn Lebensmittel und sonstige Versorgungsgegenstände geliefert werden sollen, wenn die Vorräte aufgehoben, wenn das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaues unternommen und schließlich der Frieden wiederhergestellt werden soll, so kann das nur mit einer Regierung geschehen, deren Loyalität sich nicht auf den Terror stützt. Die assoziierten Regierungen halten es für zweckmäßig, hinzuzufügen, daß jede fremde Besetzung ungarischen Gebietes, wie sie von der Friedensentente bestimmt worden ist, in dem Augenblick der Erde findet, wo der Höchstkommandierende der interalliierten Waffenstillstandsbedingungen in befriedigender Weise für erledigt erklärt wird. — Die gesamte Pariser Vorkonferenz, mit Ausnahme der sozialistischen Presse, ist mit diesem Vorgehen der Alliierten einverstanden.

## Amerika und der Friedensvertrag.

nz. Washington, 27. Juli. (Neuter.) Wilson antwortete auf die Anfrage Lodge schriftlich: Soweit er unterrichtet sei, hätten die Alliierten sich über die Aufteilung der im Art. 357 vorgesehene jährlichen Abschlagszahlung der deutschen Schadensvergütung noch nicht geeinigt.

## Ein amerikanisch-englischer Geheimvertrag.

nz. Amsterdam, 26. Juli. Laut „News van den Dag“ ist der Entwurf des amerikanisch-englischen Vertrages dem amerikanischen Vizepräsidenten Marshall vorgelegt worden. Der Vertrag wird an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten weitergeleitet. Der Text ist geheim. Marshall erklärte, daß der Vertrag Handelskonventionen enthält.

## Ein Meinungsaustrausch über Nordrußland.

nz. London, 27. Juli. Neuter erfährt, daß zwischen den Alliierten ein Meinungsaustrausch über die Lage in Nordrußland im Gange ist. Die letzten Ereignisse beeinflussen die Politik der britischen Regierung bezüglich der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise. Diese Aktion wird höchstens noch beschleunigt werden.

## Poincaré kandidiert nicht mehr!

nz. Versailles, 27. Juli. „Echo de Paris“ meldet, Poincaré werde keine Kandidatur für die nächste Präsidentschaft annehmen, sondern nach Ablauf seiner Amtsperiode ins aktive politische Leben zurückkehren.

## Exreichskanzler Michaelis zu den Enthüllungen Erzbergers.

nz. Berlin, 27. Juli. Der ehemalige Reichskanzler Michaelis gibt zu dem Angriff Erzbergers in der Nationalversammlung vom 25. Juli in der „Täglichen Rundschau“ folgende Erklärung ab: Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Runtius Rocelli an mich vom 20. 8. 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meiner persönlichen Notiz habe ich zur Behandlung des sogenannten englischen Friedensführers folgendes zu sagen: Das Schriftstück wurde mir anfangs September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, wenn ich mich nicht irrt, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrend entgegengefahren, um ihm darüber Vortrag zu halten. Ich dan den Kaiser um die Abdankung eines Kronrates in Gegenwart der Obersten Belegschaft und Wartung. Der Kronrat fand am 11. 9. im Schloß Bellevue statt. Das Ergebnis der Besprechung wurde, vom Kaiser mit eigen-

händiger unterschriebenem Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt: Eine Annexion Belgiens sei bedenklich. Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig und der Küste dürfe nicht in Englands Hände fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu erhalten. Es müßte ein regerer wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse. Über die weitere Behandlung des Friedensführers wurde von mir mit dem Staatssekretär Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Zeit der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie dieser ungewissheit zu unvorhergesehenen gekommen war, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Kurstus enthielt nach dieser Richtung keinen irgendwie überzeugenden Beweis. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handele, Deutschland zu einer entgegenkommenden Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extrabudgetären Standpunkt aufzugeben und daß dadurch die Verhandlungsgrenze zu unseren Ungunsten verschoben würde. Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß dem obigen Kronrat in der Weise anvertraut: Die Voraussetzung zu Verhandlungen mit England sei das Anerkenntnis: a) daß unsere Grenzen intakt bleiben, b) daß unsere Kolonien zurückgegeben würden, c) daß keine Entschädigung gefordert werden dürfe und d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde. Ich habe in Übereinstimmung mit Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedensideen möglich schien. Die Verhandlungen über den päpstlichen Kurier lösten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Runtius hatte es sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet worden war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn muß aber vor allem bestraft werden. Deshalb konnte auch dem Neutralen gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur die Antwort des allseitigen Inhalts erteilt werden. Daß jede Indiskretion die größte Gefahr für die Anbahnung von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechungen im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verbergen. Die kriegsrischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England benutzten sich der Angelegenheit und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich geäußert habe, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht worden sei, ich habe den Gedanken unter weiteren Nachgeben mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den gerichtigsten Weg zur Verfolgung der ersten Anregung zu wählen. Wenn der Plan sich gescheitert, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.

nz. Wien, 26. Juli. Wie der Wiener „Mittag“ meldet, erhielt Erzberger den Bericht Czernins vom früheren Kaiser Karl mit der Beifügung, über die Herkunft des Berichtes zu schreiben.

nz. Versailles, 27. Juli. Die gesamte französische Presse bringt eingehende Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung vom Freitag und Samstag. Nur wenige Blätter nehmen bogen Stellung. „Paris Journal“ schreibt: Ob Erzbergers Landstiene ihn jetzt verurteilen oder reinwaschen wollen, ist ihre Angelegenheit. Wir können ihnen aber sagen, daß wir im Frühjahr 1917 nicht die Indiskretion Erzbergers brauchten, um über die schädelige Lage in Österreich unterrichtet zu werden. Dieses Geschäft haben die Österreicher selbst gründlich besorgt. Sie schrien auf allen Dächern in Böhmen und Brien aus, was jetzt die Hamburger Erzberger zum Vorturf machen.

## Deutsch-polnischer Geiseln-Austausch.

Berlin, 26. Juli. Das politische Departement des Obersten polnischen Volksrats hat in einem Funkpruch von dem preussischen Minister des Innern verlangt, daß die polnischen Internierten in Preußen, namentlich in Schlesien, freigelassen und in ihre Heimat zurückbefördert werden, damit auch die polnische Regierung den Rest der deutschen Internierten, der größtenteils schon in Freiheit gesetzt sei, entlassen könne. Der Minister des Innern hat in seiner ebenfalls durch Funkpruch übermittelten Antwort festgesetzt, daß nach den vorliegenden Berichten Deutscher aus Posen in der letzten Zeit von polnischer Seite Tausende von Deutschen jeden Standes, Alters und Geschlechts interniert wurden und nur wenige entlassen worden seien. Seitens der preussischen Regierung würden schon seit längerer Zeit Geiseln nicht mehr genommen. Sie sei nach wie vor bereit, wegen der gegenseitigen restlosen sofortigen Freigabe aller Internierten in Verhandlungen zu treten und erwarte alsbald eine Erklärung auf diesen Vorschlag.

## Die Kohlenverteilung.

nz. Berlin, 28. Juli. Über die Verteilung der verfügbaren Kohlenmengen in Deutschland bringen die Blätter Mitteilungen angeblich von maßgebender Stelle. In erster Linie werden die Eisenbahnen berücksichtigt, dann folgen die Lebensmittelverfabriken, Lebensmittelfabriken und Hausbrand. Zuletzt kommt die Industrie daran. Werde die Kohlenförderung nicht ganz erheblich gehoben, so daß die Industrie erhebliche Brennstoffe erhalten könne, dann müsse für den Herbst mit Millionen von erwerbslosen Arbeitern und Angehörigen gerechnet werden.

## Aus dem besetzten Gebiet.

nz. Weimar, 27. Juli. Die Abgeordneten Dr. Oberfahren u. Gen. brachten eine Anfrage ein, ob die Reichsregierung von der französischen Seereschleifung Aufklärung über den in Kaiserlautern von einem französischen Soldaten an einem deutschen Kaufmann begangenen Mord erfordere und wie sie sich der Geschädigten annehmen gedenke.

Die Nationalversammlung.

(Fortsetzung des Besichts in der Sonntag-Morgen-Ausgabe.)

mz. Weimar, 26. Juli.

Abg. Hugo (D. Opt.) fortsetzend: Der Sozialismus ver- schließt sich den Zusammenbruch unseres Landes. Den wirtschaftlichen Absichten der Regierung stehen wir, obwohl wir das Falllassen der Planwirtschaft begrüßen, doch mit starken Bedenken gegenüber, namentlich hinsichtlich der Sozialisation von Elektrizität und Kohle. Wenn wir auch der Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen können, so beabsichtigen wir doch nicht eine negative Politik zu führen. Das gilt auch für unsere Haltung in der Steuerfrage. Wir wollen an der sozialen Gesetzgebung teilnehmen und an der Überwindung der Klassenengehörigkeit mitarbeiten.

Abg. Haase (N. S.): Wir haben gezeigt, daß wir Gegner Erzbergers sind, aber die Macht, die zum Beispiel jetzt Helferich gegen ihn rettet, macht Ruhig. Man will sich helfen an dem Mann, der durch Unterzeichnung des Friedens- vertrages den Plan der Sabotage-Spieler ver- eitelte und jetzt schwere Steuern durchsetzen will. Daß der Friede unterzeichnet wurde, ist ein Glück, sonst wären Tau- sende erschlagen worden, die Blodade hätte neue Opfer ge- fordert, Deutschland wäre zerstört worden, und das ist unser wichtigstes Bedürfnis. Heute atmet alles auf, daß wir den Frieden haben. Selbst der Minister Müller hat eine von Kraftmeiern und Dramatistern freie Rede ge- halten. Unser Heeresbudget ist, wie wir gestern ge- hört haben, noch ebenso hoch wie in der Kriegszeit. Kein Wunder, wenn man bedenkt, wie die Freiwilligenkorps ver- pflegt und gelohnt werden. Die Regierung sollte wenigstens darauf achten, daß nur die Offiziere bleiben, die auf dem Boden der Republik stehen. Herr Roske spielt sich als den rechten Mann auf, aber im Grunde genommen ist er an beiden Händen gefesselt, und die Offiziere erlauben sich eine Sprache gegen ihn, wie sie früher unmöglich gewesen wäre. Der Belagerungszustand wird weiter aufrechterhalten auf Grund der Besichte von Spähern und überbelemundeten Subjekten, von denen sich die Regierung schon aus Reichlich- keitsgründen fernhalten sollte. Die tollsten Zustände be- stehen auf dem Gebiet der Schutzhaft. Die Lösungsbedin- gungen der Arbeiter sind gerecht. Das Mittel des Streiks können Sie den Arbeitern nicht nehmen. Obligatorische Schiedsgerichte, die aus der Bourgeoisie zusammengesetzt sind, können den Arbeitern nichts nützen. Der Arbeitszwang ist, so lange der kapitalistische Staat besteht, ein Verbrechen an den Arbeitern. Die Gegenrevolutionäre sind an der Arbeit. Gegen die Juden wird bestigt gehetzt. Eine Diktatur des Proletariats bedeutet keineswegs die Herrschaft der Sandgraben. Mißtrauen gegen die Regierung haben die Arbeiter besonders deshalb, weil die nach dem Frieden er- wartete Amnestie ausgeblieben ist. (Lebhafter Beifall bei den N. S.)

Reichswehrminister Roske:

Die antisemitische Hebe schäbe ich als sehr ge- fährlich, weil es bei der Erregbarkeit vieler Menschen leicht zu Ausschreitungen kommen kann. Wo sich eine Handhabe bietet, wird zugegriffen werden. Jede antisemitische Treibe- rei in der Truppe verurteile ich aufs entschiedenste und bin da- gegen eingeschritten. Die Regierung hat allerdings in den letzten Monaten nicht immer ihr Dichten und Trachten auf Reformen und Sozialisierungsmahnahmen richten können, weil ihre Kräfte für innerpolitische Kämpfe in Anspruch ge- nommen wurden.

Wenn die deutschen Arbeiter die Früchte der Revolution noch nicht ernten, so ist das dem elchasteten Bruder- krieg in der Partei zu danken, der von Haase und seinen Freunden geführt wird.

Am vorigen Montag ist den Leuten in Weim vorgeredet wor- den, wenn sie aus den Fabriken herausgingen, so nähmen sie an einer Kundgebung des internationalen proletariats teil. In Wirk- lichkeit haben die Franzosen, Italiener und Schweizer den Streik abgelehnt. Deutschland bedarf der intensiven Arbeit; aber was kümmert das die Leute, die mit dem Schicksal Deutschlands und der Arbeiter Schindluder treiben? Eine Regierung muß nach Möglichkeit darauf Bedacht nehmen, daß die Dinge, die im Januar und März in Berlin vorkamen, sich nicht wiederholen. Zu den Punkten dieser Vorberatung gehört auch das Verbot der „Republik“ und anderer Mäcker. Ich halte es für meine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß eine Anzahl Leute, die ihr revolutionäres Herz eben erst entdeckt haben und damit politische Geschäfte machen wollen, nicht die Erzeugung, die im deutschen Volke steckt, ausnützen. Dem treue ich entgegen, so lange ich das Vertrauen der Mehrheit habe und auf meinen Posten stehe. Ich habe ständig Nachprüfungen angeordnet, ob die Voraus- setzungen für den Belagerungszustand noch bestehen. Aber diese Leute auf das deutsche Wirtschaftsleben wieder loszu- lassen, erschien mir absolut unverantwortlich. Wenn die Ge- sellschaft Haases Deutschland zugrunde richten will, dann schiele ich das Schicksal unseres Landes und Volkes höher als alle Spektakel, den Sie hier aufführen. Klagen über Ge- walttätigkeiten aus Ihrem Munde finde ich sehr merkwürdig. Wenn Ihre Leute Massenmorde begehen, wie die nieder- trächtigen Morde an Klüber und Reuring, dann bringt das Organ Haases auch nicht ein Wort darüber. (Stürmische Unterbrechungen und tobender Lärm bei den Unabhängigen.) Ausschreitungen der Soldaten beklage auch ich. Aber in Königsberg wurden nach dem Ergebnis der Untersuchung die Soldaten bis aufs Blut gereizt und tödlich beleidigt. Die Freiwilligen wurden als vorzweifel angeschlossen. Über alle diese Niederträchtigkeiten ist das Land vollkommen unterrichtet. Als Roske weiter auf die Vorfälle in Ham- burg zu sprechen kommt, erhebt sich bei den Unab- hängigen tobender Lärm. Sellende Rufe: „Verbrecher!“ „Hätte Frochbe!“ wiederholen sich. Ein Teil der Reichs- fraktion bezieht sich zu den Vätern der Unabhängigen und redet den Abgeordneten zu Ruhe zu halten. Roske fährt fort: Für die Kruppen ist es kein Vergnügen, mit den Unab- hängigen zusammenzukommen. In mehr als einem Falle ist- so ein unglücklicher Zufall erstochen worden. Die da- maligen Verhandlungen Paris wegen der Freiwilligenkorps sind der glänzendste Beweis dafür, daß auch Sie, wenn Sie einigeworden nicht lehren wollen — und die Rechte wird Ihnen das Leben nicht lehren machen als uns — auch Leute haben müssen, die ein Gewehr tragen. Die Kruppe, die im Novem- ber wie sprödes Glas zerbrach, gewinnt aber den nötigen Zusammenhang nicht gleich wieder; aber allmählich wird sie unter guter Leitung das Maß von Ruhe, Ordnung und Sicherheit uns verbürgen können, das wir nicht missen können. (Lebhafter Beifall.)

Am 26. wird die Wiederberatung auf 4 Uhr verlegt.

Nachmittagsung.

Vizepräsident Dietrich eröffnet die Sitzung um 4.05 Uhr. Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbd.): Es ist gut, daß endlich Leute aus dem praktischen Leben in die Regierung gekommen sind. Wenn der alte Obrigkeitsstaat nicht so faul

gewesen wäre, dann hätte er nicht so rasch zusammenbrechen können. Nicht die Revolution ist schuld an dem Zusammen- bruch unseres Landes, sondern die Zermürbung, die durch die Unrechtfertigkeiten zwischen dem gemeinen Mann und den Offizieren in das Heer hineingetragen worden ist. Herr Minister Erzberger! Sehen Sie mit den Steuern und der Militärpolitik nicht so weit, daß Sie den Glied- staaten gleichsam das Hemd ausziehen! Sorgen Sie dafür, daß unsere Bayern nicht wild werden! Das deutsche Volk ist gegenwärtig krank; aber der Sozialismus darf nicht als Allheilmittel verwendet werden. Wir sind arm geworden, aber durch Fleiß und Arbeit können wir wieder hoch kommen. Die Rechte bezieht auf ihre Rechtspolitik, die Linke auf ihre Rechtspolitik, dann muß sich ein Zusammenarbeiten auf dem Boden des gesunden Menschenverstandes als mög- lich erweisen. Dann kommen wir auch wieder vorwärts.

Abg. Langwost (D.-Hann.): Was hat es eigentlich für einen Zweck, wenn wir uns hier über die Schuldfrage am Kriege streiten. Wir sitzen in der Linie und suchen uns darüber zu streiten, wer schuld daran sei. Dafür sollten wir einen Weg finden suchen, wie wir wieder heraus- kommen. Mit dem Standpunkt der Nicht-vor-Recht-Politik muß endgültig gebrochen werden. Die Regierung hat es nötig, sich Freunde zu erwerben. Wir kämpfen für ein selbständiges Hannover, nicht für ein Königreich, denn wir sind verständig genug, um zu wissen, daß in einer deutschen Republik kein Königreich Hannover möglich ist. Aber ein selbständiges Hannover ist möglich.

Abg. Wels (Cog.): Die gestrigen Enthüllungen Erzbergers haben im ganzen Reiche einen gewaltigen Eindruck gemacht, und man kann wohl sagen, daß die Öffent- lichkeit ihr Urteil über die Alldeutschen gefällt hat. Wir freuen uns, daß durch diese Enthüllungen die Politik sich als die richtige herausgestellt hat, die wir während des ganzen Krieges vertreten haben. Die Friedensresolution ist es ge- wesen, die das englisch-französische Friedensangebot durch den päpstlichen Stuhl zur Folge gehabt hat. Eine unseelige Regierung hat die Brücke, die über das Blutmeer hin- wegführte, in Stücke geschlagen. Nicht unsere Politik war falsch, sondern die Männer waren falsch, die öffentlich Ja und im geheimen Nein saßen. (Sehr wahr! und lebhafter Zustimmung bei den Cog.) Das Wort, das Hebräer ge- sprochen haben soll: Wir sind belogen und betrogen worden, wird jetzt zum Aufschrei eines ganzen Volkes werden. Die deutsche Regierung beschneidet die Eingabe des Grafen Czernin überhaupt nicht. Auf milde Friedensbedingungen konnten wir nicht mehr rechnen, nachdem die Unabhängigen erklärt hatten: Wir müssen unterzeichnen! Der Völkerver- band ist die wahre unblutige Weltrevolution. Eine Bestimmung im Friedensvertrag deutet auf den Wiederaufbau Belgiens und Frankreichs. Eine Räterepublik wäre abmittelbar von der Beseitigung von Rohmaterialien und Lebensmitteln und ihre Entziehung würde die Räteregierung über den Haufen werfen. Danken Sie der Reichsregierung und Roske, daß er Sie vor diesem schrecklichen Schicksal bewahrt hat. (Beifall bei den Cog.)

Persönlich bemerkt Abg. Loebe (Cog.): Nach den heutigen Erklärungen Dr. Hugos und den Mitteilungen Eröbers im Ausschuss ist es nicht richtig, daß die anderen Parteien das Zustandekommen der neuen Steuergesetze durch Obstruktion verhindern wollen. Ich nehme daher meine Äußerungen zurück.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Fortsetzung der Beratung und erste Beratung des Besetzungsurteils eines Staatsgerichtshofes. — Schluß 7 Uhr.

Ausland.

Belgien.

mz. Versailles, 25. Juli. Die „Humanité“ meldet aus Brüssel, daß dort ein Krust der belgischen Schwer- industrie zur Lande gekommen ist. Der Krust verfügt über ein Kapital von 800 Millionen Franken.

Frankreich.

mz. Bern, 26. Juli. Die Frage der Wahlen beherrscht das Gesamtinteresse der öffentlichen Meinung Frankreichs. In den Wahlinteressen der Kammer hat Pariser Blättern zu- folge Unterstaatssekretär Januet bekanntgegeben, daß die Wahlen zu folgenden Zeitpunkten erfolgen könnten: Kammerwahlen am 12. Oktober; ergänzende legis- lative Wahlen am 20. Oktober; Präsidentschaftswahl des ersten Wahlganges am 19. Oktober; Präsidentschaftswahl des zweiten Wahlganges am 26. Oktober; Arrondissementwahlen am 2. und 9. November; Wahlen für die senatorialen Delegationen am 16. November; Wahlen für die senatorialen Delegationen am 23. November. Die Regierung hat eine Vorlage eingebracht, wonach Departements, in denen sechs Delegationen zu wählen sind, in kleinerer Zahlweise aufgeteilt werden sollen. Dieser Regierungsplan stößt auf Widerspruch bei den Linksparteien. Die „Humanité“ befürwortet, daß Clemenceau einen geschlossenen Block aller Parteien gegen den Sozialismus führen wolle. Sie befürwortet, daß durch diesen Plan den finanziell schwächeren Parteien Nachteile er- wahren würden und erklärt, daß das Proletariat in einigen Wochen den Wahlkampf unter sehr schwierigen Bedingungen aufnehmen müsse. Die sozialistische Partei werde allein gegen die Koalition der gesamten bürgerlichen Parteien ihre Fahnen vorantreiben müssen.

mz. Versailles, 25. Juli. Die französische Kammer verhandelte heute vormittag über die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Clauvalet über die Maß- nahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um die fran- zösische Industrie vor der Einfuhr deutscher Waren zu schützen und um dadurch gleichzeitig der französischen arbeitenden Klasse den Schutz gegen Arbeitslosigkeit anzu- arbeiten zu lassen. Der Abgeordnete wandte sich hauptsächlich gegen die Einföhrung Solinger Artikel, die um 300 Prozent billiger seien als die französischen gleichartigen Produkte, sowie gegen die Einfuhr von Fahrrädern und photographischen Apparaten. Der Handelsminister erklärte, daß während des Waffenstillstandes Handelsminister befestigte Gebiet eingezeichnet worden seien, daß er aber die freie Konkurrenz nicht ganz unterbinden könne. Er wies auf den Schaden hin, den die Einföhrung des französischen Produktes der deutschen und der französischen Industrie herzustellen. Der Handelsminister gab schließlich der französischen Industrie den Rat, ihre Herstellungsmethode zu modernisieren und zu verbessern. Die Kammer erklärte durch eine einfache Tagesordnung die Interpellation für er- ledigt. Der Abgeordnete Clauvalet müsse doch als Sozialist ein Anhänger der Wiederaufnahme der Verbindung mit Deutschland sein.

Italien.

mz. Rom, 26. Juli. (Telef.) General Canova, leit- Präsident der Untersuchungskommission bezüglich der Ver- antwortung für das Versagen der Armer an der Piave, hat den Ministerpräsidenten seinen Bericht erstattet.

England.

mz. Amsterdam, 26. Juli. In einer in Plymouth ge- haltenen Rede sprach Asquith über den Ernst der wirtschaftlichen Lage Englands. Er erinnerte daran, daß sich die englische Nationalschuld während des Krieges umgekehrt vervielfacht habe und daß dieses Jahr Ausgaben von etwa 800 Millionen Pfund Sterling bestritten werden müßten.

mz. Amsterdam, 26. Juli. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 24. Juli teilte Bonar Law mit, die Repu- blik beschloß, ihre Kontakte mit den Staatsbeamten feindlicher Abkunft, die eine dauernde Stellung einnehmen und an deren Loyalität kein Zweifel bestehe, nicht zu brechen. In derselben Sitzung teilte Harcourt mit, daß ein Gesandter für die tschechisch-slowakische Republik gewählt sei, daß die Besetzung der Stelle aber noch der endgültigen Bestätigung bedürfe. Auch für Sofia und Wien seien diplomatische Vertreter gewählt worden, aber ihre Ernennung müsse erst endgültig bestätigt werden. Die Ernennung eines Vertreters im Südrussland werde in Erwägung gezogen.

mz. London, 24. Juli. (Unterhaus.) Die Finanz- vorlage wurde im britischen Unterhaus durch die Ausdehnung des Reichsvorzugsystems auf den Märkten der Mandatsgebiete seines Vorteils vor den anderen Mitgliedern des Völkerverbandes beseitigt. Das Vorzugssystem gelte lediglich für Waren, die aus dem Mandatsgebiet auf den britischen Markt ge- bracht wurden.

Parteitag der Deutschen demokratischen Partei.

IV.

Die Abstimmung über den nachstehenden Antrag Dr. Feder bleibt zweifelhaft: „Um zu gewährleisten, daß den Volkserwartungen der dauernde Ausbau des Volkswillens und um eine wirksame demokratische Kontrolle zu ver- bürgen, erachtet der Parteitag der Deutschen demokrati- schen Partei die Reglementierung für unbedingt erforderlich.“

Bei der Abstimmung durch Handaufschlagung wird dieser An- trag Feder mit 368 gegen 308 Stimmen abgelehnt. — Zur Annahme gelangt hierauf der folgende Antrag Dr. Elias (Stuttgart): „Der Parteitag ersucht die Fraktion der Deut- schen demokratischen Partei in erneuter Erwägung einzutreten: ob sich nicht die Einföhrung der dreijährigen Legislaturperiode bei der dritten Lesung der Reichs- tagsaktion empfehle.“

Angenommen wird der nachstehende Antrag Aschaff- burg zugunsten der Beamten aus den verloren gebenden Ge- bieten: „Der Parteitag wolle beschließen, die Deutsche demo- kratische Fraktion der Nationalversammlung wolle dahin wir- keln, daß schleunigst durch Reichsgesetz das Reich und alle Gliedstaaten verpflichtet werden, nach einem aufzustellenden Schlüssel die aus den durch den Friedensvertrag abge- trennten Gebieten ausgehenden deutschen Beamten bei der Anstellung zu berücksichtigen.“

Einstimmig gelangt zur Annahme der Antrag Wagn- schweig: „Der Parteitag wolle die Fraktion der Nationa- lversammlung beauftragen, mit aller Energie dahin zu wirken, daß den Arbeitern in Staat und Gemeinde keine po- litische Rechte zugesprochen werden.“

Angenommen wird der Antrag Kliefoth: „Die Demo- kratische Fraktion der Nationalversammlung zu ersuchen, bei der Beratung des Gesetzes über das Reichsnotopfer dahin zu wirken, daß bei den abgabefähigen Vermögen, besonders bei den kleinen und mittleren, ein Unterschied gemacht wird zwischen den Vermögen, über die die Besitzer neben ihrer Einkünfte verfügen, und den Vermögen, die die einzigen Ver- sorgungsquellen ihrer Besitzer sind, wie dies bei zahllosen Wit- werten der Fall ist. Im Anschluß hieran ist die Demokratische Fraktion in der Nationalversammlung zu ersuchen, durchzu- setzen, daß die Vermögen, die, wie oben geschildert, die einzige Einkünftequelle arbeitsunfähiger Leute sind, bis zu einer Höhe von 60 000 M. bei Lebenszeit der Besitzer gänzlich ab- gabefrei bleiben. Neben mehrere Familienmitglieder von den Verträgen, so ist die Grenze der abgabefreien Summe herauf- zuheben.“

Schließlich gelangt noch der folgende Antrag Reich voll einstimmig zur Annahme: „Das neue Schulkonzept ist ein Be- weis der völligen Preisgabe der nationalen Einheitspolitik. Es verachtet unsere Jugend an die politischen Parteien, vergiftet damit das Verhältnis zwischen Elternhaus und Schule und vernichtet jede Möglichkeit zum organischen Ausbau der Schule auf freier nationaler Grundlage. Der Parteitag fordert von der Fraktion, daß sie aus ersichtlichem und allge- mein rechtlichen Gründen die Durchführung dieser Vereini- barung mit allen verfassungsmäßig zulässigen Mitteln und in der schärfsten Form verbinde.“

Nach den Abstimmungen über die Anträge zur Tätigkeit der Fraktion ging der Parteitag unter der Leitung von Frau Dr. Gertrud Bäumer zur Beratung des Satzungs- werts über, der von der Sektionskommission in zwölfstün- diger Beratung zum Teil grundlegend verändert worden ist.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wurden die Satzun- gen in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassun- gen bloß angenommen.

Nachdem Dr. Frankfurter (Berlin) referiert über den Programmwurf und die Arbeit der Pro- gramm-Kommission. Das Programm hat vielfache Kritiken gefunden; wir waren uns auch klar, daß der Parteitag unsere Entwurf nicht verabschieden wird und kann. Wir sind keine Fortsetzung einer alten Partei, sondern wollen eine neue Partei sein. Es waren aber Elemente zu uns herüberge- kommen, die brachen noch in scharfen Kampf gegeneinander ge- standen hatten. So war die Aufstellung des Programms sehr schwierig. Die Programmkommission hat die große Zahl von Anträgen geprüft und durchgearbeitet. Das grundsätzliche Programm ist ein Zukunftsprogramm und muß dementsprechend formuliert werden. Auch die konservativen Weltan- schauung hat in einer Demokratie ihren Platz. Nur ihre höf- lichen und verberblichen Methoden müssen wir bekämpfen. Die Politik der Unabhängigen ist genau so feindlich wie die der Rechten. Die sozialdemokratische Partei hat sich nach unserer Seite hin gemauert, wir müssen das unterstützen. Aber auf wirtschaftlichem Gebiet trennen wir uns, und das muß in unserem Programm herausgearbeitet werden. Wir sind eine indivi- dualistische Partei. In Zukunft wird niemand bei uns im Proletariat einfinden können. In der Sozialpolitik müssen wir so weit als möglich gehen. Wir müssen eine Verbindung zwis- chen Arbeiter und uns anstreben. Das Rangkriterium ist aus dem Fundus entfernt worden. Die Monopolisierung der Betriebe ist unermesslich. Der Kern des Programms ist: das Verhältnis des Einzelnen zum Staat wird bestimmt durch die Pflicht gegenüber der Gesamtheit. Diese Pflicht gibt der Freiheit der Einzelperson ihren Inhalt und ihre Begren- zung. Wir stellen in den Mittelpunkt unseres Programms nicht den Körperlichen, sondern den geistigen Hunger; nicht die Materie, nicht die Fragenfrage ist das wesentliche, sondern die Kulturfrage. Wir wollen keinen Revolutionskrieg. Die Deut- sche demokratische Partei soll die Partei der Zukunft sein, und des Reichs sein. (Lebhafter Beifall.)

Wiesbadener Nachrichten.

Die Kreisbauernvereinsstelle macht auf folgendes aufmerk-

Die nächste Stadterweiterungsplanung, die letzte vor den

Freiwilligkeit in Kurgarten. Die vom Ballett des

Der Rhein. Der Rheinwasserstand hält sich infolge

Frühdrucksprämie. Nach einer Mitteilung der Reichs-

Spargelkraut und Spargelbeeren. Die Beschlagsnahme

Bewirtschaftung des Herbstgemüses. Aus Berlin wird

Fürsorge für Kriegsschadigte Kriegsgefangene und

Bermittlungsbedürfnisse. Die bei der Rückkehr unserer

des Dienstgrades, Namens, Geburtsjahrs und Geburtsorts des

Die 50-Markstücke. Aus Berlin liegt folgendes ma-

Diebstähle. Am Samstagvormittag drangen bei hellem

kleine Notizen. Ein Raminbrand, dessen Unterdrückung

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Schierstein, 25. Juni. Nach einer Bekanntmachung des Ver-

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Polnische D-Sagdielie.

ht. Frankfurt a. M., 27. Juli. In den letzten 14 Tagen wurden

in das Zweigeckel von Herrmann u. Fröhlich, Bergstraße,

Kreuznach, 26. Juli. Verboten sind von jetzt ab bis zum

nz. Kassel, 26. Juli. In dem Eisenbahnunfall bei

Handelsteil.

Berliner Börse.

Table with columns: Div., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, and various stock prices.

Industrie und Handel.

Keine Verlängerung des Stahlwerksverbandes. Die

Wetterberichte.

Meteorologische Beobachtungen der Station Wiesbaden. Table with columns: 27. Juli 1919, Morgens, Nachm., Abends, Mittel.

Die Abend-Ausgabe umfasst 6 Seiten.

Advertisement for Vereinsbank Wiesbaden, Sparkasse, and Mauriliusstraße 7. Includes text: Gegründet 1865, Sparkasse - Geldanlage auf Kündigung - Scheckverkehr - Vermögensverwaltung.



# Pelze

Neuanfertigung, Umarbeiten, Reparaturen sämtlicher Pelzsachen unter fachmännischer Ausführung bei billigster Preisberechnung. Langjährige Tätigkeit b. d. Fa. J. Bacharach ermöglichen mir den verwöhntesten Ansprüchen gerecht zu werden.

Fertige Pelzwaren, speziell Füchse zu billigsten Preisen.  
Blenden und Auf färben verblichener Pelzsachen, wie Skunks, Marder, Nerz usw.

Moderne Kürschnerlei u. Pelzwaren  
**H. Betz**

Gr. Burgstraße 9, 3. Telephon 6534.

Reines gekochtes Leinöl

Reines französ. Terpentinöl  
haben jetzt laufend abzugeben

Farbenwerk Wiesbaden

G. m. b. H.

Detailverkauf: Zentraldrogerie Wilhelm Schild, Friedrichstraße 16.

**Gummi-Absätze!**

Friedensqualität nicht verwechseln mit Kriegsware.

Kappus, 3 Schulgasse 3.

**Auto-Pneumatik**

aller Dimensionen, prima Ware, wieder eingetroffen.

Automobilhaus Chr. Wittig, Gartenfeldstr. 25, Telephon 3065.

**Gummi-Schwämme**

sind wieder eingetroffen.

P. A. Stoß Nachf., Taunusstraße 2, Telephon 227 u. 6527.

**Tischlinoleum**

für Schreibtische u. Küchenmöbel in 64, 70 und 80 cm Breite eingetroffen. Für Händler Engros-Preise.

Hermann Stenzel, Tapetenhandlg. Schulgasse 6. - Telephon 6591. 1013

**Eau de Cologne**

gegenüber dem Jülichs-Platz zu Original-Fabrikpreisen. 1010  
Drogerie **Moebus**, Taunusstraße 25.

**Beleuchtungskörper**

modern, grosse Auswahl, billigste Preise. **Flack**, Luisenstr. 44, neb. Res.-Theater, Telefon 747 frei. 991

**Neu-Wäscherei**

A. Kirsten

Scharnhorststraße 7 - Telephon 4074. Annahmestelle: Wellritzstraße 18.

Spezialgeschäft für Kragen, Manschetten, Vor- u. Oberhemden, Kleider, Blusen usw.  
Gardinenspannerlei. Lieferzeit 4-5 Tage.

Ich empfehle aus eigener Gemüsekultur:

**Gelbe Wachsbohnen**

in frisch gepflückter bester Qualität. Wachsbohnen sind besonders gut zum Einmachen geeignet und für Bohnensalat bekanntlich unübertroffen. Die Preise werden je nach Marktlage billiger berechnet und erhalten Großverbraucher Vorzugspreise.

**Joh. Georg Mollath Nachfolg.**, 32 Marktstraße 32. Telephon 3751.

**Anton Baumgarten, Wein-**einkaufsgeschäft, **Nieder-Ingelheim, Rhein.** Fachmann, Bedienung.

**Bienen-Honig** in bekannter Güte.

Practorius, Großlanker, Walkmühlstr. 44, H. Tel. 3205. Gefäße sind mitzubringen.

**Pelze**

Velour-, Samt- und Seidenhüte werden nach neuesten Modellen umgearbeitet. Billige Preise.

Diefenbach, Bleichstr. 34, III.

**Import u. Export.**

Nur an Großabnehmer laufend lieferbar. **Knopp & Wurm**, Wiesbaden. Taunusstraße 26. Tel. 1703. Tafelöl, garantiert reine Ware.

Stirn-

**Netze**

40/40 echtes Haar Stück **1.15** Mark

Hauben-

**Netze**

Stück **1.20** Mark  
**Detle, Michelsberg 6**

Zwei gut erh. fahrbereite **Berl. Automobile** 4- u. 6-Sitzer, preiswert zu verkaufen. Näheres **Grund, Adolfsstraße 1a, 1.**

**1 These**

1 Blumenständer, 1 alte Hobelbank, Handwaage mit Federn, Schmierbohrer f. Rutsch, zu verk. **Wengel, Adlerstr. 25 P.**

**Küchenherde u. Gasherde** billig zu verkaufen. **Messer, Hellmunderstraße 53, Part. I.**

Officiere 300 000 neue ungebrauchte, sehr solide **Munitionslisten**

Näheres **Stiftstraße 28, 1.** 200 gl. 1/2-Ptr.-Bierfl. abzugeben. **Christian Müller, Adlerstraße 59, Laden.**

**Brillant. u. Perlen** (größere Stücke) b. Dame aus Privatband zu kaufen gesucht. D. Str. zugew. Offerten unter G. 396 an den Tagbl.-Verlag.

Zwei Raanete für Holzwerk zu l. gef. Off. mit Fr. Reichlichbach 102 Wiesbaden.

**Behrod-Anzug** gesucht farbige oder gefärbt oder Marienro. Näheres an **Braun, Helenenstraße 16.**

**Satto-Anzug, m. Hsg.** kauft **Kürschner, Bogemannstraße 35, 1.**

Gardinen, Stores u. Bettwäsche zu l. gesucht **Graubner, Adlerstraße 3.**

**Berber Teppich** circa 3x4 Meter, gegen hohen Preis zu kaufen gesucht. **Wagmann, Saal-gasse 26.**

**Guter Flügel** zu kaufen gesucht. Adress. erbitten an **Schulz, Bismarckring 6, Gates**

**PIANO** oder Flügel gesucht gegen bar von Privat. **M. Werbelow**, Oranienstraße 6.

**Klavier** o. Flügel o. Tafelklavier u. Priv. zu kauf. gef. **Prof. Frohn, Wackerstr. 6, 2 r.**

**Schlafzimm., Wohnzimm.** u. auch gute eins. 2266 f. rüde zu l. gef. **Rannenberg, Bismarckstr. 17, 1 Gt.**

10 Mandel. u. Gitarren, Violine, Nitter für Verein gef. **Seibel, Bismarckstr. 34.**

2 caale Betten oder geb. Schlafzimm. m. Eisenstsch. zu kaufen gef. **Fr. Peters, Bernmannstraße 17, 3.**

**Antite** Möbel, Porzellane, Gemälde, Tepp., Gobeline, Silber-Gegenstände und Juwelen zu hohen Preisen zu kaufen gesucht **Taunusstr. 7, 1 l. Luftig.**

**Antite Kommode** und **antiler Schrank** gegen hohe Bezahlung zu kaufen gesucht. **Wagmann, Saal-gasse 26.**

**Kassenschrank** zu kauf. gef. Off. m. Preis **Reichlichbach 102, Wiesb.**

**Fahrrad** La Marke, mit Freil., nur tabellos erh. a. o. Gummi gesucht. **Dr. Rieder, Waldstraße 11, Tel. 1400.**

**Fahrradbereifung** zu kaufen gesucht. **Graubner, Adlerstraße 3.**

**Emalle-Badewanne** tabellos erhalten, gesucht. Offerten an **Müller, Schierstr. 15, Erda.**

**Kaufe stets** Gerbe sowie Gasherde, w. auch reparaturbedürft. **Adolf Messer, Schimmerstraße 53, B. I.**

**Gebrauchte Gartenmöbel** zu kaufen gesucht. **Offert. u. R. 391 an d. Tagbl.-B.**

**Glaschen** fast alle Sorten, werden abgeholt

An allerhöchsten Preisen sowie Lumpen, Papier, Kasse usw. **S. Silber, Oranienstr. 23, Tel. 3471.**

**Wachs-Paraffin-Abfälle** kauft zum Tagespreis **M. C. Gruhl, Kirchgasse 11, Telephon 2199.**

Seifen, Lichte, Bürsteno. usw. Für Untertertianer wird **Nachhilfe** in Latein. u. Engl. gesucht. **Sof. Off. mit Honorarang. u. J. 306 a. d. Tagbl.-Verl.**

**Gutbürgerl. Mittanständ. Röh. im Taubl.-Verl.** Ep **Herrn-Strah. u. Fitzhüte** werd. gereinigt u. fassoniert **Berta Spielmann, Wellritzstraße 1.**

**Partettböden** w. abgezogen u. acceiniat. **Partettreiner Wilhelm Reiter, Sedanplatz 4.**

**Griff. Kr. u. n. D. an** **Wegand Luther, b. Ringl. Hofmann, Bismarckstr. 36.**

**Wer fertigt feib. Lampen-**schirme? Offerten unter **G. 388 an d. Tagbl.-Verl.**

**Miet-Pianos** -Flügel, -Harmoniums. **Schmitz, Rheinstraße 52.**

**Teridjer Herr** i. Nebenbeschäftigung, am liebst. Verwalt. v. Gütern etc., da groß. Inter. an Landwirtschaft. Honorar nach Uebereinkunft. Off. unter **S. 397 an den Tagbl.-Verl.**

**Hausierer!** Sänbler! Lohnender **Berdienst!**

Vorzügl. Verkaufsartikel. Ansichtskarten zu Enarospreisen **Strandstraße 1. 1. Nachmittags 3-6 Uhr.**

**Weibl. Affmodell** von Kunstmal. gesucht. Anmeldung von 4-5 im **Atelier Riebertwaldstr. 14, 4.**

**Konto-Korrent-Abichluß**

bewanderte **Kassistenkräfte** auf längere Zeit sucht **biefiges Bantgeschäft.** Off. mit Gehaltsansprüchen unter **G. 398 an Tagbl.-Verl.**

**Techniker.** Off. mit Gehaltsanspr. u. **B. 394 Taubl.-Verl.**

**Aufscher** zuverlässig. **stadtfundia** **gehucht Adolfsstraße 6.**

**Erstfahrer** **Postkraftwagenführer** langjähriger Fahrer sucht sofort oder später Stellung. **Off. u. M. 103 an Tagbl.-B.**

**Wetterer alleinst. Herr** sucht in ruhiger **Lage** **4-Zimmer-Wohnung** mit elektr. Licht und Bad. **Offert. mit Preis unter D. 391 an den Taubl.-B.**

**Aricasani. u. Synthet.** **Off. u. Nachh. zu Kauf. gef. Off. G. 98 Tagbl.-Verl.**

**Damen-Uhr** Idawara. mit **Streifen-Anhänger**, am **Diensta.** den 22. verloren. Da i. **Andenken** bitte um **Rückg.** gegen **Belohnung** u. **Red. Gartenfeldstraße 19.**

**Schwarzes Portemonnaie** von **armer Kriegerfrau** verloren. **Rüdesheim, Str. Die Dame**, die es aufhob, wird geb. **baselbe Rüdesheimer Str. 15, Part.** bei **Rabe** gegen **Belohnung** abzugeben.

**2 Schlüssel** a. **Ring** verloren. **Römerberg, Schachstr. b. Schmal-** **haber Straße.** Abzugeben **Rundbüro.**

**Manschettenknopf** ovale **Goldplatte** m. **H. Caphten** und **Brillant.** **Sonntag, b. 13., verloren.** **Abzug. geg. f. hohe Bel.** **Adolfsballe 3, 2, von. 8-12**

**Taschenmesser** **verlor.** auf dem **Wege** v. der **Platte** nach den **Fischen.** Da **teures** **Andenk.**, bitte **geg. Belohn.** im **Rundbüro** abzugeben.

**Standesamt Wiesbaden**

**Esterbefälle.** Am 26. Juli: **Ehefrau Doro-** **thea Höhn geb. Messer, 58 J.;** **Hilfsarbeiter Hermann Geuß,** **58 J.;** **Kantgen u. Willemin** **Elisabeth Reuter, 39 J. - 27.;** **Kaufmännin Maria Schomm,** **67 J.;** **Ehefrau Elisabeth Wigel** **geb. Kriz, 60 J.**

**Grossisten!**

20 000 kg Watson-Seife  
30 000 kg Marseiller Seife  
20 000 kg Marseiller Le Buffle  
20 000 kg Sunlight Soap  
10-20 Kisten Badeseife  
greifbar und preiswert abzugeben

**Ferd. Henckel**

Wiesbaden.

Tel.-Adr.: Ferdinand Henckel. - Tel. 712. -

**Kernseifen** nur erstfl. Ware zu reellen Preisen in jedem Quantum empfehlen Spezialseifengeschäfte

**M. D. Gruhl** Kirchgasse 11. **Fritz Meyer** Herogr. 15. **Seifen, Lichte, Bürstenwaren u. Toilette-Artikel.** **Teleph. 2199. Teleph. 211.**

**Möbel-Untauf.**

**Herrschaftliche, bürgerliche kompl. Villen-, Wohnungs- u. Zim.-Einricht.,** auch einfache, einzelne **unterhaltene Möbelstücke, komplette Gardinien, Polstermöbel, Portieren, Bettwäsche und Gardinen** werden in jeder Höhe bei **Barzahlung** angekauft.

**Gleichzeitig empfehle mein großes Lager** in **guten Möbeln und Gelegenheitskäufen.**

**Bertramstraße 25, Laden, Cleonorenstraße 7, 2 rechts.**

**Untauf von Möbeln aller Art**

**Wilhelm Vogler, Blücherstr. 48.**

**Brillanten und Perlen,** **Eiserversen, Bestede, Polate, Leuchter, Service, gold.** **Uhren und Ketten, Pfandscheine** **kauf zu hohen Preisen**

**H. Gelzhals, Webergasse 14. Tel. 4139.**

Ein zweiter **Dub**

**Hans Gerhard**

ist wohlbehalten angekommen. **Wilhelm Passavant u. Frau Lotte** **geb. Schack.**

**Michelbacher Kütte, den 21. Juli 1919.**

**Statt Karten.**

**Gertrud Unger**

**Karl Vogel**

**Oberlehrer**  
**Verlobte.**  
Wiesbaden, im Juli 1919.

**Statt Karten.**

Ihre **Vermählung** zeigen hierdurch an

**Fritz Praetorius**

**Kätchen Praetorius**

**geb. Reinheimer.**  
Wiesbaden, 27. Juli 1919. **Trebur, Dampf-mühle.**

**Nachruf.**

Wieder hat der unerbittliche **Tod** eine **Lücke** in **unstre** **Reihen** gerissen durch das **Hinscheiden** **unstre** **Mitgliedes**

**Herrn Fritz Jung.**

Ein **der** **ältesten** **Mitglieder** **unstre** **Klubs**, hat er **stets** in **treuer** **Anhänglichkeit** die **Interessen** **desselben** **vertreten** und **ebenso** **treu** **werden** **wir** **seiner** **immer** **gedenken.**

**Der Wiesbadener Fechtclub.**

Wiesbaden, 28. Juli 1919.

